

Einzelplan 02

Zu Budgeteinheit 02 100:

I. Vertretung des Landes beim Bund

I.1 Beschreibung der Budgeteinheit

Die Vertretung des Landes beim Bund (LV-B) unterliegt der Zuständigkeit der Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien im Geschäftsbereich der Ministerpräsidentin.

In der LV-B in Berlin laufen die Fäden für die Bundesangelegenheiten des Landes zusammen.

Von hier aus wird die Mitwirkung des Landes im Bundesrat vorbereitet, hier werden die nordrhein-westfälischen Interessen vertreten und die Anliegen des Landes in die Gesetzgebung eingebracht.

Das Haus ist zugleich Schaufenster des Landes und zeigt regelmäßig Beispiele seiner kulturellen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Stärken. Damit ist die Landesvertretung die "Botschaft" der 18 Millionen Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens in Berlin.

I.2 Ressourcenbezogener Haushaltsansatz der Budgeteinheit	Ansatz 2015 EUR	SOLL 2014 EUR	Differenz 2015-2014 EUR	IST 2013 EUR
Produktkosten	7 324 800	7 235 600	89 200	7 144 550
- AfA	120 000	120 000	-	77 278
- Erlöse in eigener Verantwortung	2 500	12 500	-10 000	1 084 799
= Zuführungsbedarf	7 202 300	7 103 100	99 200	5 982 473
Investitionsmittel	179 100	179 100	-	-

I.3 Transfermaßnahmen	Ansatz 2015 EUR	SOLL 2014 EUR	Differenz 2015-2014 EUR	IST 2013 EUR

Es werden keine Transfermaßnahmen ausgewiesen.

I.4 Infrastrukturmaßnahmen	Ansatz 2015 EUR	SOLL 2014 EUR	Differenz 2015-2014 EUR	IST 2013 EUR

Es werden keine Infrastrukturmaßnahmen ausgewiesen.

I.5 Projektmaßnahmen	Ansatz 2015 EUR	SOLL 2014 EUR	Differenz 2015-2014 EUR	IST 2013 EUR

Es werden keine Projektmaßnahmen ausgewiesen.

I.6 Kennzahlen der Budgeteinheit	Ansatz 2015	SOLL 2014	Differenz 2015-2014	IST 2013
Zahl der Veranstaltungseinheiten *1	1 300	1 300	-	755
Zahl der Gäste bei Veranstaltungen	26 000	26 000	-	26 818
Zahl der Übernachtungen	2 000	2 000	-	1 331
Auslastung des Gästehauses in % *2	80	80	-	58
Fahrleistung in km	44 000	44 000	-	44 122

*1 Zur besseren Zuordnung der Ressourcen und zur besseren Vergleichbarkeit der ein- und mehrtägigen Veranstaltungen wird die Kennzahl "Veranstaltungseinheiten" verwendet. Sie löst mehrtägige Veranstaltungen in entsprechende Veranstaltungseinheiten auf (z.B. entspricht eine zweitägige Veranstaltung zwei Veranstaltungseinheiten).

*2 Die Auslastung des Gästehauses wurde unter Berücksichtigung der Schließphasen während der parlamentarischen Sommer- und Winterpause und an den Wochenenden ermittelt.

I.7 Haushaltsvermerke

II. Erläuterungen

II.1 Grundkennzahlen der Budgeteinheit	Ansatz 2015	SOLL 2014	Differenz 2015-2014	IST 2013
Zahl der Beschäftigten	52	52	–	55
Zahl der zu betreuenden Plenar-, Ausschuss- und Unterausschusssitzungen von Bundestag und Bundesrat ca.	1 000	1 000	–	1 000
Zahl der im Bundesrat behandelten Vorlagen	800	800	–	735

II.2 Ressourceneinsatz (Produktgebundene Ressourcen / Kosten und Erlöse) und Produktkennzahlen					
Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2015	SOLL 2014	Differenz 2015-2014	IST 2013
1	Bundes- und Europapolitik (Kosten)	1 464 960,00	2 025 968,00	-561 008,00	1 314 509,32
	Erlöse in eigener Verantwortung	–,—	–,—	–,—	290,49
	Stellen (Vollzeitäquivalente)	13,16	13,54	-0,38	14,08
	%-Anteil an den Kosten der Budgeteinheit	20,00	28,00	-8,00	18,40
2	Veranstaltungen (Kosten)	4 761 120,00	4 341 360,00	419 760,00	4 861 716,99
	Erlöse in eigener Verantwortung	2 000,00	12 000,00	-10 000,00	1 081 413,49
	Stellen (Vollzeitäquivalente)	9,00	6,02	2,98	6,31
	%-Anteil an den Kosten der Budgeteinheit	65,00	60,00	5,00	68,05
3	Kommunikation (Kosten)	366 240,00	289 424,00	76 816,00	330 096,43
	Erlöse in eigener Verantwortung	–,—	–,—	–,—	47,18
	Stellen (Vollzeitäquivalente)	5,30	5,30	–,—	5,33
	%-Anteil an den Kosten der Budgeteinheit	5,00	4,00	1,00	4,62
4	Gästehaus (Kosten)	512 736,00	361 780,00	150 956,00	460 437,80
	Erlöse in eigener Verantwortung	500,00	500,00	–,—	3 011,77
	Stellen (Vollzeitäquivalente)	1,31	1,31	–,—	1,31
	Kosten pro Übernachtung	256,37	253,25	3,12	343,67
	%-Anteil an den Kosten der Budgeteinheit	7,00	5,00	2,00	6,44
5	Fahrdienst (Kosten)	219 744,00	217 068,00	2 676,00	177 789,44
	Erlöse in eigener Verantwortung	–,—	–,—	–,—	36,11
	Stellen (Vollzeitäquivalente)	2,09	2,09	–,—	2,09
	Kosten pro gefahrenen km	4,99	4,93	0,06	4,03
	%-Anteil an den Kosten der Budgeteinheit	3,00	3,00	–,—	2,49
Summe der Produktkosten		7 324 800,00	7 235 600,00	89 200,00	7 144 549,98
- Summe AfA		120 000,00	120 000,00	–,—	77 278,39
- Summe der Erlöse in eigener Verantwortung		2 500,00	12 500,00	-10 000,00	1 084 799,04
= Zuführungsbedarf		7 202 300,00	7 103 100,00	99 200,00	5 982 472,55

II.3 Erläuterungen zum Ressourceneinsatz

Die Zahlen des "Ist 2013" beruhen auf dem Rechnungsabschluss 2013 (Ist-Kosten- und Leistungsrechnung und Ist-Buchhaltung, ohne umgesetzte Beihilfen, siehe Ziffer IV.2).

Das "Soll 2014" entspricht den Ansätzen des Haushaltsplans 2014 (ohne umgesetzte Beihilfen, siehe Ziffer IV.2).

Der "Ansatz 2015" entspricht dem ermittelten Bedarf auf der Basis der zu erwartenden Leistungen und Aufwände.

Die ausgewiesenen Vollzeitäquivalente (VZÄ) beziehen sich nur auf direkt den einzelnen Produkten zugewiesene VZÄ. VZÄ, die auf die Produkte verrechnet werden (z.B. Dienststellenleitung, Verwaltung), sind hier nicht abgebildet.

Zu dem Produkt "Veranstaltungen" wurden Leistungselemente gebildet, deren Differenzierung sich einerseits nach dem Ressourcenverbrauch und andererseits nach dem Typ der Veranstaltungen richtet.

Bei den Veranstaltungen mit Bewirtung werden die Gesamtkosten der Gastronomie in Höhe von 433.004,38 € (Ist 2013, 8,91 % der Kosten der Veranstaltungen) berücksichtigt.

Die Zahlen des "Ansatzes 2015" wurden sowohl absolut als auch prozentual an das "Ist 2013" angepasst.

II.4 Strategische Ziele der Budgeteinheit

Die Landesvertretung Berlin verfolgt das Ziel, bei den wichtigsten Entscheidern und Multiplikatoren in der Bundeshauptstadt ein attraktives, glaubwürdiges und nachhaltiges Bild Nordrhein-Westfalens zu pflegen. Ihr ist die Aufgabe anvertraut, die Reputation des Landes in Berlin zu wahren und zu mehrren.

Einzelplan 02

Zu Budgeteinheit 02 100:

Darüber hinaus soll sie im Vergleich zu den anderen Landesvertretungen größtmögliche Wirkung erzielen.

1. Bundes- und Europapolitik

Das Produkt Bundes- und Europapolitik besteht aus fünf Arten von Dienstleistungen:

- a) Verhandeln der Bundesgesetze und Verordnungen in den Ausschüssen des Bundesrates und Vorbereitung der Plenarsitzungen des Bundesrates
- b) Beobachtung der Beratungen des Deutschen Bundestages
- c) Pflege der Kontakte zu den Ressorts der Bundesregierung
- d) Verfügbarkeit als Ansprechpartner für die nordrhein-westfälischen Akteure in Fragen der Bundes- bzw. Landespolitik
- e) Beantwortung von internen und externen Anfragen an die Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten

Das strategische Oberziel in diesem Bereich besteht darin, den Einfluss des größten deutschen Landes auf die Bundesgesetzgebung zu erhöhen, um einerseits die landespolitischen Interessen bestmöglich zur Geltung zu bringen und andererseits einen Beitrag zu einer besseren nationalen Rechtsetzung zu leisten.

Strategische Unterziele sind:

- a) Konsequentes Wissensmanagement zum Aufbau eines Kompetenzzentrums für Bundes- und Europaangelegenheiten gemeinsam mit der Landesvertretung Brüssel und der Abteilung IV (Europa, Internationale Angelegenheiten und Medien) der Staatskanzlei
- b) Maximierung der Präsenz und Schärfung des Profils Nordrhein-Westfalens im Bundesrat durch Redebeiträge, Einbringung politischer Positionen und Entschlüsse sowie Medieninformationen
- c) Weitere Optimierung der Arbeitsschwerpunkte, -abläufe und -geschwindigkeit mit Blick auf die Bedürfnisse der Partnerinnen und Partner im Land und in der Bundeshauptstadt
- d) Aufbereitung der Schwerpunktthemen der Landespolitik für die Hauptstadtkommunikation, insbesondere für das Veranstaltungsprogramm der Landesvertretung

2. Veranstaltungen

Als bedeutendem Wirtschafts-, Medien- und Kulturstandort und zentralem Verkehrsknotenpunkt Europas fällt unserem Land eine besondere Aufgabe zu, Zukunft aktiv mit zu gestalten. Dies soll sich in unterschiedlichen Veranstaltungs-Aktivitäten der Landesvertretung in der Bundeshauptstadt wieder spiegeln.

Das strategische Oberziel des Veranstaltungsprogramms besteht darin, Marketing für das Land Nordrhein-Westfalen zu betreiben und die Landesvertretung zu einem vitalen Ort des Austausches, der Kommunikation und Vernetzung zu machen für Entscheidungs- und Informationsträger sowie Multiplikatoren. Der Fokus liegt dabei auf den Themen, mit denen Nordrhein-Westfalen in der öffentlichen Wahrnehmung der Bundeshauptstadt in besonderem Maße verbunden werden will.

Das Produkt Veranstaltungen wird in Kategorien differenziert, die sich nach ihrer strategischen Priorität, inhaltlichen Komplexität, öffentlicher Wirkung und Kosten-/Nutzenrelation unterscheiden:

- Kategorie 1: Premium-Veranstaltungen
- Kategorie 2: Kultur-Veranstaltungen
- Kategorie 3: Ressort-/ Themenbezogene Veranstaltungen
- Kategorie 4: Geschlossene Kooperationsveranstaltungen
- Kategorie 5: interne Veranstaltungen
- Kategorie 6: Besuchergruppen

Strategische Unterziele sind:

- a) Lobbying (Einflussnahme auf politische Entscheidungen auf Bundesebene)
- b) Agenda Setting (Einbringen von NRW-Interessen in die Bundespolitik)
- c) Generelle Netzwerkpflge
- d) Präsentation des Landes (Werbung für das Land, Image-Gewinn, Steigerung der Reputation)
- e) Repräsentation des Landes
- f) Gewinnung von Kooperationspartnern

Neben einzelnen Events sollen Programmlinien fortgeführt werden. Dabei werden auch Kooperationen mit Kompetenzträgern geschlossen. Das Veranstaltungshandeln bezogen auf die Eigenveranstaltungen wird evaluiert, um seine Wirkung zu überprüfen und Schlüsse für die Zukunft zu ziehen.

3. Kommunikation

Das Produkt Kommunikation umfasst hauptsächlich die Arbeitsfelder Medienbeziehungen, Web-Kommunikation, Direktkommunikation und internationale Beziehungen.

Insgesamt wird hier das strategische Ziel verfolgt, mit zeitgemäßen Methoden der Kommunikation bei den relevanten Bezugsgruppen in der Bundeshauptstadt ein attraktives und nachhaltiges Bild von Nordrhein-Westfalen zu erzeugen. Dieses Bild soll von den gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Stärken des Landes geprägt sein.

Strategische Unterziele sind:

- a) Intensivierung der Betreuung der Presse- und Medienvertreter in der Bundeshauptstadt
- b) Erhöhung der Medienresonanz in der Bundeshauptstadt und in Nordrhein-Westfalen

- c) Erhöhung der Interaktivität und Attraktivität der Website der LV-B im Zusammenwirken mit den anderen Bereichen der MBEM
- d) qualitative Anreicherung der Kontaktdaten in der Datenbank der LV-B
- e) Vertiefung des Dialogs mit den wichtigsten Bezugsgruppen

4. Gästehaus

Das Gästehaus steht allen Mitgliedern der Landesregierung, des Landtags und Beschäftigten der Landesministerien in Ausübung ihrer Dienstgeschäfte zur Verfügung. Mit diesem Produkt verfolgt die Landesvertretung das strategische Ziel, dem genannten Personenkreis einen möglichst individuellen und zuverlässigen Service und damit eine effiziente Nutzung der Arbeitszeit in der Bundeshauptstadt zu ermöglichen. Der hohe Auslastungs- und Kostendeckungsgrad soll beibehalten werden.

Das Produkt Gästehaus umfasst hauptsächlich die folgenden Dienstleistungen:

- a) Übernachtungs- und Frühstücksservice
- b) 24-Stunden Rezeption und Sicherheitsdienst
- c) Vermittlung von Hotelzimmern in der Innenstadt zu Sonderkonditionen (bei Vollbelegung des Gästehauses)

5. Fahrdienst

Der Fahrdienst ist der zentrale Ansprechpartner für Mobilitätsfragen für die Mitglieder der Landesregierung in der Landesvertretung. Dieses Produkt soll weiterhin effizient gestaltet werden.

Daneben soll die besondere Qualität dieser Dienstleistung bewahrt werden: Unfallfreiheit, vollständige Wahrung der Dienstgeheimnisse, genaue Kenntnis der Sicherheits- und Verkehrslage in der Bundeshauptstadt, individueller Service für alle Mitglieder der Landesregierung.

II.5 Transfermaßnahmen					
Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2015	SOLL 2014	Differenz 2015-2014	IST 2013
Summe der Transfermittel		-,—	-,—	-,—	-,—
davon Landesanteil		-,—	-,—	-,—	-,—
- Summe der Erlöse der Transfermittel		-,—	-,—	-,—	-,—
= Zuführungsbedarf Transfermittel		-,—	-,—	-,—	-,—

II.6 Erläuterungen zu Transfermaßnahmen

II.7 Infrastrukturmaßnahmen					
Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2015	SOLL 2014	Differenz 2015-2014	IST 2013
Summe der Infrastrukturmaßnahmen		-,—	-,—	-,—	-,—
- Summe der Erlöse der Infrastrukturmaßnahmen		-,—	-,—	-,—	-,—
= Zuführungsbedarf für Infrastrukturmaßnahmen		-,—	-,—	-,—	-,—

II.8 Erläuterungen zu Infrastrukturmaßnahmen

II.9 Projektmaßnahmen					
Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2015	SOLL 2014	Differenz 2015-2014	IST 2013
Summe der Kosten für Projektmaßnahmen		-,—	-,—	-,—	-,—
- Summe AfA		-,—	-,—	-,—	-,—
- Summe der Erlöse der Projektmaßnahmen		-,—	-,—	-,—	-,—
= Zuführungsbedarf für Projektmaßnahmen		-,—	-,—	-,—	-,—

Einzelplan 02
Zu Budgeteinheit 02 100:

II.10 Erläuterungen zu Projektmaßnahmen

III. Finanzbereich

III.1 Finanzrechnung	Ansatz 2015 EUR	SOLL 2014 EUR	Differenz 2015-2014 EUR	IST 2013 TEUR
OG 11, 12 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit und aus Vermögen (ohne Zinsen)	2 500	12 500	-10 000	2
OG 13 Erlöse aus Veräußerungen	-	-	-	-
OG 14-16 Einnahmen aus Gewährleistungen und Zinsen	-	-	-	-
OG 17, 18 Darlehensrückflüsse	-	-	-	-
HG 2 Zuweisungen u. Erstattungen mit Ausnahme von Investitionen	-	-	-	1 082
OG 33, 34 Zuweisungen, Zuschüsse für Investitionen	-	-	-	-
OG 38 Haushaltstechnische Verrechnungen	-	-	-	-
Summe der Einnahmen	2 500	12 500	-10 000	1 085
HG 4 Personalausgaben	3 230 500	3 231 300	-800	3 035
OG 51-54 Sächliche Verwaltungsausgaben	3 695 300	3 648 600	+46 700	4 475
HG 6 Zuweisungen und Zuschüsse	-	-	-	-
HG 7 Baumaßnahmen	-	-	-	-
OG 81 Erwerb von beweglichen Sachen	179 100	179 100	-	182
OG 82 Erwerb von unbeweglichen Sachen	-	-	-	-
OG 83 Erwerb von Beteiligungen	-	-	-	-
OG 85, 86 Darlehen	-	-	-	-
OG 87 Inanspruchnahme aus Gewährleistungen	-	-	-	-
OG 88, 89 Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	-	-	-	-
HG 9 Bes. Finanzierungsausgaben	-	-	-	-
Summe der Ausgaben	7 104 900	7 059 000	+45 900	7 692

III.2 Erläuterungen zum Finanzbereich

III.3 Verpflichtungsermächtigungen	Verpflichtungsermächtigung 2015 EUR	fällig in		
		2016 EUR	2017 EUR	2018ff EUR
Verpflichtungsermächtigungen Ergebnisbudget	-	-	-	-
Verpflichtungsermächtigungen Transfermaßnahmen	-	-	-	-
Verpflichtungsermächtigungen Infrastrukturmaßnahmen	-	-	-	-
Verpflichtungsermächtigungen Projektmaßnahmen	-	-	-	-
Summe Verpflichtungsermächtigungen	-	-	-	-

III.4 Erläuterungen zu den Verpflichtungsermächtigungen

IV. Identitätsnachweis

IV.1 Identitätsrechnung	Ansatz 2015 EUR	SOLL 2014 EUR	Differenz 2015-2014 EUR	IST 2013 TEUR
Summe der Einnahmen	2 500	12 500	-10 000	1 085
- Einnahmen Transfermittel (kameral)	-	-	-	-
- Einnahmen Infrastrukturmittel (kameral)	-	-	-	-
- Einnahmen Projektmittel (kameral)	-	-	-	-
+ Nicht zahlungswirksame Erträge	-	-	-	-
= Erlöse in eigener Verantwortung	2 500	12 500	-10 000	1 085
Summe der Ausgaben	7 104 900	7 059 000	+45 900	7 692
+ AfA (für Produktkosten)	120 000	120 000	-	77
+ Zuführung Pensionsrückstellungen	254 000	254 000	-	142
- aufwandsunwirksame Ausgaben (z. B. doppische Invest. zw. 150,- und 5.000,- EUR)	-	-	-	1
- Investitionsmittel (kameral, ohne aufwandsunw. Ausgaben)	179 100	179 100	-	97
- Transfermittel (inkl. Investitionen für Transfermaßnahmen)	-	-	-	-
- Infrastrukturmittel (Ausgaben kameral)	-	-	-	-
- Projektmittel (Ausgaben kameral)	-	-	-	-
- außerordentliche Aufwendungen	-	-	-	-
- Ausgaben für Fortbildung (nicht kontiert)	-	-	-	8
- Ausgaben für Aushilfen 427 01 (nicht kontiert)	-	-	-	35
+ Belastung aus Vorkostenstellen (VKST) StK	-	-	-	-
- umgesetzte Mittel für Beihilfen	-	43 300	-43 300	40
+ Personalkostendelta durch Mittlung	25 000	25 000	-	-
- Personalkostendelta durch Mittlung	-	-	-	587
+ Zuweisung aus Einzelplan 20	-	-	-	-
= Produktkosten	7 324 800	7 235 600	+89 200	7 145
- AfA (für Produktkosten)	120 000	120 000	-	77
- Erlöse in eigener Verantwortung	2 500	12 500	-10 000	1 085
= Zuführungsbedarf (I.2)	7 202 300	7 103 100	+99 200	5 982

IV.2 Erläuterungen zur Identitätsrechnung

Personalkostendelta

In der KLR der LV-B werden die Personalkosten der Beschäftigten mit Mittelwerten angesetzt. So werden z.B. Beamtinnen und Beamte nur nach ihrer Laufbahngruppe, nicht aber nach ihrer tatsächlichen Besoldungsstufe gerechnet. Im Bereich III. (Finanzbereich) werden hingegen die tatsächlich gezahlten Personalausgaben (incl. Berücksichtigung von Besoldungsstufen etc.) dargestellt. Daher sind im Bereich IV. (Identitätsrechnung) die kameralen Daten entsprechend zu korrigieren.

umgesetzte Mittel für Beihilfen

Zur Vorbereitung auf die Unterteilung des Haushaltes in Sach- und Transferhaushalte zur Umsetzung von EPOS NRW wurden die bisher in Kapitel 02 020 zentral für den Einzelplan veranschlagten Mittel für Beihilfen und Fürsorgeleistungen in die jeweiligen Kapitel umgesetzt. Diese Umsetzung wurde unter II.2 "Ressourceneinsatz" im Ansatz 2015 berücksichtigt, kann aber sowohl im Soll 2014 als auch im Ist 2013 nicht dargestellt werden. Daher mussten diese Mittel in der Identitätsrechnung als "umgesetzte Mittel für Beihilfen" dargestellt werden.